

# Horch, was kommt von draussen rein...

Autor(en): **Schäfer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **3 (1984)**

Heft 3: **Atomkraft/Waldsterben**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586710>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

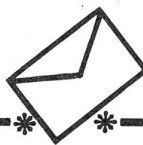
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Horch,  
was kommt  
draussen  
rein...



## SES-INTERN

### Podiumsgespräch: Bundesamt gab Fehler zu

Am Nachmittag fand in Olten ein Podiumsgespräch zum Thema Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle statt; Eduard Kiener (BEW) und Rudolf Rometsch (Nagra) verteidigten das Projekt «Gewähr», Marcos Buser (Mitverfasser des Berichtes «Das Gewähr-Fiasko») und Andreas Gerwig, ehemaliger Basler Nationalrat, kritisierten das Vorgehen von Behörden und Nagra.

Aufhorchen liessen vor allem einige Aussagen des Direktors des Bundesamtes für Energiewirtschaft. Kiener bestätigte indirekt einen Teil der Vorwürfe der SES, indem er zugab, es sei ein Fehler gewesen, 1979 die «Rahmenbewilligungsreife» für das Projekt «Gewähr» ins revidierte Atomgesetz aufzunehmen. Zeitknappheit sei unter anderem dafür verantwortlich gewesen, machte Kiener geltend. Kiener liess auch die Möglichkeit einer Fristverlängerung (sie würde 1984 ablaufen) offen und bestätigte auf Anfrage, dass im Falle des Scheiterns oder Fehlens eines Projektes «Gewähr» das AKW Kaiseraugst keine Betriebsbewilligung erhalten könnte. Rudolf Rometsch, Präsident der Nagra, zeigte sich jedoch optimistisch und erklärte, die Nagra werde ihren Bericht schon Ende 84 abliefern. Als aussichtsreichsten Standort bezeichnete der Nagra-Präsident das Gebiet Böttstein/Leuggern/Kaisten im Kanton Aargau. Hier sollten weitere Probebohrungen zusätzliche Informationen über den Untergrund liefern. Damit wäre der vom Bundesrat 1981 geforderte Modellstandort gefunden, meinte Rometsch.

Am Schluss der Podiumsveranstaltung, an der 200 Personen teilgenommen hatten, verlas SES-Präsident Werner Geissberger, eine Resolution, in der er die Unterstützung der SES für die Atom- und Energie-Initiative bekräftigte und darauf hinwies, dass der morgendliche Besuch im Ökozentrum Langenbruck gezeigt habe, dass ein Leben in gewohntem Komfort auch mit wesentlich weniger Energieeinsatz möglich ist.

«Horch, was kommt von draussen rein!» überschrieb die SVA-Publikation «Kernpunkte» eine Meldung des «Badener Tagblatts» über die Pressekonferenz zum Rückzug der Leibstadt-Beschwerden in Bern. Dort hatte eine der Beschwerdegruppen, die Bürgerinitiative Waldshut, dem Co-Präsidenten des Initiativkomitees, Martin Pestalozzi, einen «wohlgefüllten Umschlag» zur Bestreitung der Propagandakosten für die Atom- und Energieinitiative überreicht, woraus das «Badener Tagblatt» schloss: «Neuerdings werden auch eidgenössische Abstimmungskämpfe mit ausländischen Geldern finanziert.» Eine Prüfung des überreichten Betrags aus einer Sammlung der Bürgerinitiative ergab die stolze Summe von Fr. 822.50. Nach reiflicher Überlegung hat das Sekretariat des Initiativkomitees beschlossen, die Hälfte dieses Betrages, nämlich Fr. 411.25, der notleidenden SVA zu überweisen – und damit einen fairen Abstimmungskampf zu garantieren und dazu beizutragen, dass die finanziellen Mittel im Abstimmungskampf ausgewogen verteilt sind. Das Initiativkomitee hoffte auf Gegenrecht.

Die «Basler Zeitung» griff diese Gesichte auf – für einmal ein humoristisches Zwischenspiel in diesem Abstimmungskampf, der sonst eher verbissen ausgetragen wird. Übrigens: Das Initiativkomitee hat die 411.25 bereits wieder auf ihrem Konto. Anscheinend fühlte sich die SVA ausserstande, Gegenrecht zu gewähren...

Wenigstens beim Budgetposten «Finanzielle Zuwendungen ausländischer Gönner» kämpfen Initianten und Gegner der am 23. September zur Volksabstimmung gelangenden Energie-Initiativen jetzt mit gleich dünnen Spiesen: Sowohl dem Initiativ-Komitee für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke wie der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) stehen unter obgenanntem Titel jetzt genau 411 Franken und 25 Rappen zur Verfügung. Es geht eben nichts über einen fairen Abstimmungskampf.

Doch der Wahrheit die Ehre: Ursprünglich bestand der Betrag, den ausländische Beobachter zur Beeinflussung des helvetischen Stimmbürgers investierten, aus der stolzen Summe von Fr. 822.50 – einzusetzen ausschliesslich für den Kampf gegen den Ausbau der Atomenergie in der Schweiz. Übergeben wurde das Geld noch dazu in aller Öffentlichkeit, am 1. Juni dieses Jahres an einer Pressekonferenz in Bern, in deren Rahmen die AKW-Gegner-Organisationen den Rückzug ihrer Beschwerden gegen die Betriebsbewilligung für das AKW Leibstadt bekanntgaben. Als Spender zeichnete die Bürgerinitiative Waldshut, welche eine Sammlung unter ihren Sympathisanten durchgeführt hatte. Empfänger war Martin Pestalozzi, Co-Präsident des Initiativ-Komitees für die beiden umstrittenen Energie-Vorlagen vom September.

Der Presse konnte dieser dreiste Akt finanzieller Unterwanderung über die kühlenden Wasser des Rheins hinweg natürlich nicht entgehen: Bereits am 2. Juni deckte ein siedewasserkochender Redaktor des «Badener Tagblatts» in gewohnt kernspalterischer Manier den Skandal schonungslos auf. «Neuerdings werden auch eidgenössische Abstimmungskämpfe mit ausländischen Geldern finanziert», stand da zu lesen, man habe die Übergabe des «wohlgefüllten Umschlags» genau beobachtet. Und postwendend wurde die üble Mär vom wohl-

gefüllten Couvert auch im Pressedienst der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie verbreitet, als Kernpunktelein quasi unter dem sinnigen Titel «Horch, was kommt von draussen rein». Doch das mit wenig Geld, dafür um so mehr mit Kritik bedachte Initiativ-Komitee ging in sich, wollte den möglichen Vorwurf, Fr. 822.50 hätten den Abstimmungskampf entscheidend beeinflusst, partout nicht auf sich sitzen lassen. Im stillen, energiespardämmrigen Kämmerlein wurde alsbald beschlossen, die Hälfte des gespendeten Geldes der Gegenseite für deren Propaganda zur Verfügung zu stellen. «Horch, was kommt von draussen rein», wird sich ein stauender SVA-Angestellter gefragt haben, als ihm die Zahlungsanweisung über Fr. 411.25 auf den Bürotisch flatterte.

Der Konflikt ums ausländische Geld, das nun, da brüderlich geteilt, mit Sicherheit nur noch zur Hälfte stinkt, wäre nun also freundeidgenössisch beigelegt – wenn nicht, ja, wenn nicht das Initiativkomitee zusammen mit dem Einzahlungsschein noch ein kleines Pfeilchen verschossen hätte. Spitzbübisch wird nämlich im eigenen Pressedienst darauf hingewiesen, dass nun, da die finanziellen Mittel im Abstimmungskampf ausgewogen verteilt seien, das Initiativkomitee zuversichtlich hoffe, nun ebenfalls in den Genuss halberter Spendengelder von der anderen Seite zu kommen.

Bei der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie war gestern allerdings noch keine definitive Zusage zu erhalten. Weniger noch: Bisher hat man bei der SVA nämlich vergeblich über den Zweck der Einzahlung gerätselt. Nun aber, da im Berner Büro ganz ohne Kernenergie ein Lichtlein aufging, will man die Sache unverzüglich an den Geschäftsführer weiterleiten. Eine Fortsetzung der Geschichte ist damit zumindest nicht auszuschliessen... Walter Schäfer

(Quelle «Basler Zeitung», 28. Juni 1984)



«Wir können sie nicht zwingen,  
die Wahrheit zu sagen,  
aber wir können sie zwingen,  
immer dreister zu lügen.»

AZ 4000 Basel 2

Adressänderungen an: SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich

Anonyme Sprayinschrift  
an einer Hauswand